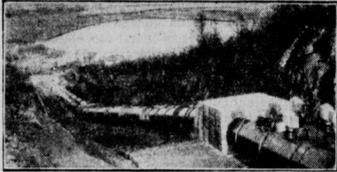


# Volks-Zeitung



Moder-wertha, das grösste Kraft-speicher-werk der Welt

Mit „Unterhaltungs-Blatt“  
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung  
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg  
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“  
 BERLIN  
 HETER, WEMIG WIND  
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Auch eng-lische Studenten werden zum Mil-litär-dienst mis-s-brucht

## Reichstags-sitzung vertagt - Beamtenbank-Vergleich - Bleibt Kroll-Oper?

### Kabinetttardieu gestürzt!

Bei einer Abstimmung in der Kammer / Die Regierung mit fünf Stimmen in der Minderheit geblieben

PARIS, 17. Februar.

Das Kabinetttardieu ist heute abend gegen 20 Uhr durch ein Kammervotum gestürzt worden. Bei der Beratung des Einnahmenbudgets stellte der Finanzminister Chéron den Antrag, den Artikel 3e, der eine Herabsetzung der Steuer auf Geschäftsgewinne um 20 Prozent vorsah, abzulehnen. Die Finanzkommission sprach sich gegen die Abtrennung dieses Artikels aus, worauf Chéron die Vertrauensfrage für die Annahme seines Antrags stellte. Bei der namentlichen Abstimmung ergaben sich gegen die Regierung 286 Stimmen, für die Regierung nur 281 Stimmen.

PARIS, 17. Februar.

Die Regierung Tardieu ist heute in der Kammer bei der Beratung des Einnahmenbudgets gestürzt worden. Die Sitzung stand unter einem unglücklichen Zeichen, da nicht der geschickte Kammerpräsident Bouisson, sondern der Vizepräsident Bouillan-Lafont den Vorsitz führte und der Ministerpräsident Tardieu durch seine Erkrankung verhindert war, in der Kammer zu erscheinen.

Der Finanzminister Chéron hatte also allein den Kampf zu führen und es zeigte sich bald, dass die Stimmung gegen ihn war. Schon bei Artikel 2 musste Chéron die Vertrauensfrage stellen, um die Annahme eines Antrags der Finanzkommission zu verhindern. Diesmal blieb die Regierung mit einer Mehrheit von 20 Stimmen siegreich. Als aber in der späteren Beratung beim Artikel 3, Absatz III der Finanzminister noch einmal die Vertrauensfrage gestellt hatte, obwohl er vorher erklärt hatte, er wolle aus der Debatte keine politischen Folgerungen ziehen, erhielt die Opposition eine Verstärkung. Der Artikel 3 betrifft die Besteuerung der Kaufleute und Industriellen, die eine grosse Belastung darstellt. Es wurde wieder die Auszählung der Stimmen notwendig und diesmal ergab sich, dass

286 Deputierte für den Antrag der Finanzkommission und 281 für die Regierung gestimmt haben. Die Regierung blieb also mit fünf Stimmen in der Minderheit.

Die Sitzung der Kammer wurde auf ein späteres Datum vertagt.

PARIS, 17. Februar.

Der Sturz der Regierung Tardieu ist nicht so überraschend gekommen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Opposition gegen die Finanzpolitik der Regierung oder genauer gesagt, gegen die Finanzpolitik des Ministers Chéron war in der letzten Zeit immer grösser geworden, und hatte sich allmählich auch auf einen Teil der Regierungsmehrheit ausgedehnt, wie aus dem Votum hervorgeht, durch das die Regierung zu Fall gebracht worden ist.

Denn der Mehrheit von 286 Stimmen gehören ausser den Kommunisten, Sozialisten, republikanischen Sozialisten und den Sozialistisch-Radikalen zahlreiche Mitglieder der radikalen Linken und anderer noch weiter rechts stehender Parteien an.

Die genauen Zahlen der Stimmenverteilung sind bis jetzt noch nicht bekannt. In welchem Masse die Opposition ihres Sieges sicher war, beweist u. a. ein Artikel in der sozialistisch-radikalen Abendzeitung „Soir“, der einige Stunden vor dem Sturz des Kabinetts erschienen ist. In diesem Artikel heisst es:

„Die Tage des Ministerium sind gezählt. Seine Mehrheit fällt immer mehr auseinander. Sie wird bei der Budgetdebatte nur schlechten Widerstand leisten und wird nur noch eine Erinnerung sein, wenn die Kammer die grossen internationalen Fragen beraten wird. Der scharfe Geist Tardieus hätte diese Schwierigkeiten wohl erkannt. Der Ministerpräsident hoffte, dass die Ausschaffung des Finanzministers eine Umbildung des Kabinetts erlauben würde. Der Ministerpräsident muss seine

Hoffnung aufgeben. Die Radikalen wollen nicht mit ihm marschieren. Chautemps hat dies dem Kabinetttardieu in seiner gestrigen Rede deutlich gesagt. „Wir befinden uns“, hat er erklärt, „einer Regierung der Reaktion gegenüber. Einer solchen Regierung gegenüber ist die Pflicht der Radikalen sehr einfach: Ein Kampf ohne Gnade.“

### Das Demissionsschreiben überreicht

PARIS, 17. Februar.

Finanzminister Chéron und Kriegsminister Magisot haben den Ministerpräsidenten Tardieu über die Ereignisse, die sich heute abend in der Kammer abspielten, unterrichtet, während sämtliche in Paris anwesenden übrigen Minister in einem Nebenzimmer warteten.

Ministerpräsident Tardieu verlasste das Demissionsschreiben, und gegen 1:10 Uhr französischer Zeit begaben sich sämtliche in Paris anwesenden Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, der das Bett hüten muss, und mit Ausnahme des in London weilenden Marineministers Leygues und des in Genf weilenden Handelsministers Flandin ins Elysée, wo sie dem Präsidenten der Republik das Demissionsschreiben des gesamten Kabinetts überreichten.

Soweit es sich nach den bisher vorliegenden Nachrichten übersehen lässt, handelt es sich bei der Abstimmung, durch die der Sturz des Kabinetts Tardieu herbeigeführt wurde, um keine Zufallsmehrheit. Ob die Kammer dabei der Gesamtpolitik des Kabinetts Tardieu, der ja bekanntlich krankheitshalber das Bett hüten muss, ihr Misstrauen aussprechen wollte, oder ob die äusserst knappe Kammernmehrheit nur in dieser Frage mit der Regierung differierte, wird sich erst nach näheren Meldungen sagen lassen. Jedenfalls war der Regierung Tardieus, des „kommenden Mannes“, der solange warten musste, bis er die Ministerpräsidentenschaft erreichte, kein langes Leben beschieden: am 3. November vorigen Jahres gebildet, hat sie nur ein Alter von genau 3½ Monate erreicht.

## Reichstags-Sitzung verschoben

Noch keine Einigung der Parteien - Abends Kabinetts-Sitzung

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstags, Abg. Heilmann (Soz.), unterbreitete am Montag abend dem Reichstagspräsidenten (Loz) den Wunsch der die Young-Gesetze beratenden vereinigten Ausschüsse, ihnen noch einige Tage Zeit zu lassen und die nächste Reichstags-sitzung noch nicht am Mittwoch stattfinden zu lassen. Präsident Loz entschloss sich daraufhin, die Plenarsitzung für Mittwoch abzusagen. Am Dienstag vormittag wird der Aussenrat des Reichstags über einen neuen Termin für die nächste Vollversammlung des Reichstags Beschluss fassen. In Betracht kommt der nächste Freitag oder gar erst der Montag der nächsten Woche.

Der Ausschuss führte die Besprechung über die Fragen Moratorium und Schutzklausel noch nicht zu Ende. Die vertrauliche Aussprache über diesen Fragenkomplex wird daher heute fortgesetzt. Ein erneuter deutschnationaler Antrag auf Hinzuziehung des Reichspräsidenten Schacht wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die gestrige Besprechung der finanzpolitischen Sachverständigen der Regierungspartei im Reichstag war nur von kurzer Dauer. Der Finanzminister berichtete über die Parteiführern lediglich über seine Verhandlungen mit den Finanzministern der deutschen Länder. Man einigte sich darauf, dass am Dienstag mittag die gestern abgesetzte Besprechung der sozialdemokratischen Sachverständigen der Parteien stattfinden soll. Abends sollen dann die Verhandlungen der Finanzpolitiker fortgesetzt werden.

In den Abendstunden fand eine Kabinettsitzung statt, die sich bis in die Nacht erstreckte und der Fortführung der vor-

einigen Tagen unterbrochenen Etatsberatungen in Verbindung mit den Sanierungsvorschlägen des Finanzministers galt.

Es wäre wohl an der Zeit, den Parteien allmählich nahezu legen, die Arbeit etwas zu beschleunigen. Ursprünglich sollte am 20. Februar die Ratifikation des Haager Abkommens erfolgen. Daran ist nicht mehr zu denken. Immerhin dürfte es sich nicht empfehlen, diesen Termin allzuweit hinauszuzögern. Auch hier gilt: dass die Aussenpolitik den Vorrang hat. Das Zentrum, das auf der Einigung über die Finanzfragen besteht, ehe es die Annahme der Young-Gesetze mitmachen will, müsste sich dieses Grundsatzes auch wieder erinnern.

### Tagung des Handwerks

Der Reichsverband des deutschen Handwerks, der in diesem Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, hält heute und morgen seine Jubiläumstagung in Berlin ab. Auf der Tagung werden alle aktuellen Fragen des deutschen Handwerks behandelt werden; der Vorsitzende des Verbandes wird einen Vortrag über „Zehn Jahre deutsches Handwerk und Reichsverband“ halten. Zu diesem Kongress, dessen Sitzungen im Reichswirtschaftsrat stattfinden, haben sich allein von auswärts vierhundert Delegierte angemeldet.

### Der deutsche Gesandte in Belgrad schwer erkrankt

BELGRAD, 17. Februar.

Der deutsche Gesandte Dr. Köster ist plötzlich an Blinddarmentzündung erkrankt, die gestern abend einen operativen Eingriff notwendig machte. Eine allgemeine Blutvergiftung, die als Folge der vorgeschrittenen brandigen Blinddarmentzündung eintrat, und eine Herzschwäche lassen den Zustand Dr. Kösters sogar als überaus bedenklich erscheinen.

### Schnelldienst

Der Herausgeber der Deutschen medizinischen Wochenschrift, Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Julius Schwabe, ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Der ägyptische Gesandte in Berlin, Dr. Hassan Nabaat Pascha, ist zu einem zwanzigtägigen Aufenthalt in Hamburg eingetroffen.

Der ungarische Minister für Kultur und Unterricht, Dr. Kana Graf Kibelsberg, ist in Wien zu einem mehrtägigen Besuch eingetroffen.

Auf Grund der abgehaltenen Besprechungen zur Beilegung des Streiks in der Bielefelder Textilindustrie haben vier Prozent der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Wahlen zu den Kommunalvertretungen in Bulgarien führten zu einer Reihe von Zwischenfällen, bei denen zwei Propagandisten der Regierungspartei, ein Gendarm, ein Steuerbeamter und ein Agitator der Agrarpartei getötet wurden.

# Zollfriedens-Konferenz eröffnet

Der Auftakt in Genf / Heute spricht Minister Schmidt

GENÈ, 17. Februar.  
Heute vormittag um 11 Uhr begann unter dem Vorsitz des früheren dänischen Aussenministers Graf Moltke die internationale Zollfriedenskonferenz, deren Aufgabe zunächst darin besteht, den Abschluss eines mehrjährigen Zollwaffenstillstandes zu untersuchen und dann ein Programm für weitere Verhandlungen über die Erleichterungen des internationalen, das heisst des europäischen Wirtschaftsverkehrs auszuarbeiten.

Die Konferenz trägt im Hinblick auf das zu behandelnde Problem hauptsächlich europäischen Charakter. Es ist die wichtigste Tagung dieser Art seit der Weltwirtschaftskonferenz, und es ist die erste grosse Konferenz, auf der die Wirtschaftsprobleme durch die verantwortlichen Vertreter der Regierungen selbst behandelt werden.

Eine Reihe von Staaten haben ihre Handels- und Wirtschaftsminister entsandt, Belgien seinen Aussenminister.

Der deutschen Delegation gehören zwei aktive Reichsminister, Schmidt und Dietrich, und der ehemalige Reichsminister Hilferding an. Ferner Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Ministerialdirektor Posse.

Die Generaldebatte auf der Zollfriedenskonferenz wurde durch den ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Hainisch eröffnet. Er hob hervor, dass der Gedanke des Zollfriedens ein starkes Echo bei der Regierung und den Wirtschaftskreisen Österreichs gefunden habe, denn das neue Österreich habe seit Beginn des neuen Staates vor dem Problem der Erleichterung seiner auswärtigen Handelsbeziehungen gestanden. In ähnlichem Sinne sprach der frühere norwegische Ministerpräsident Lykke. Sodann nahm der belgische Aussenminister Hymans das Wort zu Ausführungen, die besondere Aufmerksamkeit fanden, da er den Gedanken des Zollfriedens zuerst ausgesprochen hatte.

Der Zollfriede sei nicht deren einziges Ziel, sondern es handelte sich vor allem um die Aufstellung einer Methode künftiger Verhandlungen über wirtschaftliche Erleichterungen.

Der Redner befasste sich sodann mit den verschiedenen Einwänden gegen den Gedanken eines Zollfriedens und betonte, man dürfe die Bedenken gewisser Produzentenkreise nicht überschätzen. Morgen vormittag sprechen der britische Handelsminister und der deutsche Wirtschaftsminister Robert Schmidt.

Die gestern in Genf in Anwesenheit von mehr als 20 amtierenden Ministern — ein Zeichen, welche Bedeutung man den Verhandlungen beimisst — eröffnete Zollfriedenskonferenz verdankt ihre Entstehung einer Rede des belgischen Völkerbundsdelegierten Hymans auf der letzten Genfer Völkerbundsversammlung. An der damaligen Debatte, in die übrigens auch Stresemann mit grossem Nachdruck eingriff, beteiligte sich vor allem der englische Handelsminister Graham, so dass also diese drei Männer als die eigentlichen Väter der jetzigen Konferenz gelten können.

In weiteren Verlauf der Entwicklung beschäftigte sich dann der zweite Ausschuss des Völkerbundes mit der Frage eines Zollwaffenstillstandes auf zwei bis drei Jahre und die Vollversammlung gab dem Sekretariat und dem Wirtschaftskomitee den Auftrag, eine allgemeine Zollabstimmungskonferenz vorzubereiten. Es wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der den einzelnen Regierungen gleichzeitig mit der Einladung zur Konferenz übersandt wurde. Fast alle europäischen Staaten sind dieser Einladung ge-

folgt; ausserdem sind wichtige aussereuropäische Länder, wie die Vereinigten Staaten, China und Brasilien, durch Beobachter vertreten.

Inzwischen haben sich allerdings die Aussichten auf einen grossen Erfolg der Konferenz nicht übermässig günstig gestaltet. Es ist ja schon bezeichnend, dass man nicht mehr von dem ursprünglichen Gedanken des „Zollfriedens“ spricht, sondern nur von einem „Zollwaffenstillstand“. Auch die Eröffnungsrede des Konferenzvorsitzenden, des Dänen Graf Moltke, war auf diesen Ton gestimmt, wenn er hervorhob, dass die Konferenz nur die erste Etappe auf dem Wege weiterer Verhandlungen sei. Tatsächlich scheint ja die augenblickliche Situation, nachdem zahlreiche europäische Länder ihre Zölle in letzter Zeit nicht unerheblich erhöht haben, dem Zweck der Konferenz nicht übermässig günstig zu sein. Wenn es also auch nicht gelingen sollte, das ursprüngliche Ziel gleich beim ersten Anlauf zu erreichen, so wird man doch in Genf Gelegenheit haben, gerade durch die Anwesenheit so vieler führender Staatsmänner, einen Gedankenaustausch zu pflegen, der die Grundlagen für eine künftige europäische Wirtschaftseinheit, die ja doch kommen muss, vorbereiten kann. Ausserdem gibt es eine Reihe von Fragen, die doch einer Lösung nähergebracht werden können. Dazu gehört in erster Linie der Beitritt der noch fehlenden Staaten zu dem Abkommen zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote, und ausserdem besteht ja auch die Möglichkeit zu Zollfriedensschlüssen zwischen einzelnen Staaten als Auftakt zur endgültigen Bereinigung.

## Sergius weiss von nichts

Alles Schwindel, trompeten die beflissenen Moskauer: keinem Gläubigen wird in Sowjetrussland ein Haar gekrümmt! Beweis? Nun, da habt ihr ein langatmiges Interview des griechisch-orthodoxen Metropoliten Sergius, also des obersten Kirchenfürsten. Was steht da drin? Hört und staunt! Hier eine Kostprobe:

„Auf die Frage, ob die Religion in der Sowjetunion wirklich Verfolgungen ausgesetzt sei, antwortete der Metropolitan: „In der Sowjetunion gab es und gibt es keine Religionsverfolgungen. Gemäss dem Dekret über die Trennung von Kirche und Staat ist jedes Glaubensbekenntnis völlig frei und wird von keinem staatlichen Organ verfolgt.“ Frage: „Ist es wahr, dass die Atheisten Kirchen schliessen, und wie stellen sich die Gläubigen dazu?“ Antwort: „Ja, manche Kirchen werden tatsächlich geschlossen, doch wird ihre Schliessung nicht auf Veranlassung der Behörden, sondern auf Wunsch der Bevölkerung und in manchen Fällen sogar auf Beschluss der Gläubigen vorgenommen.“ Frage: „Ist es wahr, dass Priester und Gläubige wegen ihrer religiösen Uebersetzung Repressalien ausgesetzt sind, verhaftet, verbannt werden usw.“ Antwort: „Von der Sowjetregierung gegen Gläubige und Priester unternommene Repressalien gelangen keineswegs wegen religiöser Uebersetzungen zur Anwendung, sondern wegen verschiedener religionsfeindlicher Handlungen.“

Diese Melodie der Sanftmut flusst noch stundenlang so weiter. Gibt es nun wirklich irgendwo harmlose Gemüter, die auf so etwas noch hereinfallen? Gibt es noch Leute, die im Ernste daran glauben, dass Sergius die Wahrheit sprechen darf und kann, dass der Bedauernswerte unbelehrt von sich gegeben hätte? Sergius hat bekanntlich vor Jahren seine Unterwerfung unter das Sowjetregime vollzogen, wahrscheinlich um so von der Kirche noch zu retten, was zu retten war. Er ist kein freier Mann mehr. Die Angst diktiert seine Interviews. Ein mitleidiges Lächeln nur können seine Besänftigungspillen auslösen. Die Ausfälle gegen das Papsttum, mit denen das Interview endigt, brauchen uns hier ebenso wenig zu interessieren. Sie gehören zu den üblichen Stänkereien, wie sie auch unter christlichen Konkurrenten nicht auszubilden pflegen, oder aber sie sind dem Metropolitan von den Auftraggebern im Krenel in die Feder diktiert worden.

## Hakenkreuze an der Synagoge

Ein völkischer Bubenstreich

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde die Synagoge Kottbuser Tor von bisher unbekanntem Tätern in einer Weise besudelt, wie dies bisher weder in Berlin noch irgendwo im ganzen Reich der Fall war. Zwanzig Hakenkreuze in Höhe von einem Meter bedeckten die ganze Front der Synagoge und ihre Türen. Ueber die ganze Breite der Fassade erstreckten sich die Worte: „Juda verrecke! Judas den Tod! Die Rache nah!“ Die Empörung über das Bubenstück ist allgemein. Keiner geht vorbei, ohne seiner Entrüstung über die Tat laut Ausdruck zu geben. Es ist zu hoffen, dass die Täter recht bald gefasst werden, nicht nur, um die verdiente Strafe zu empfangen, sondern vor allem, damit aufgeklärt werden kann, welchen politischen Kreisen sie angehören. Allerdings ist ein Zweifel an der Parteizugehörigkeit der Täter kaum möglich. Man weiss, wessen Zeichen das Hakenkreuz ist, und man weiss, dass die drei beschimpfenden Sätze die charakteristischen Kampfrufe der Hitler-Partei sind.

## Wieder chinesischer Bürgerkrieg?

SCHANGHAI, 17. Februar. (Reuter).

Die Kriegsvorbereitungen in Nordchina gehen weiter. Die Streitkräfte von Sechans und anderer Gruppen des Nordens marschieren südwärts gegen Tschiangkai-schek. Es soll bereits zu einem Kampf gekommen sein.

## Was wird mit der Kroll-Oper?

Kunstpflege im Landtag — Ueberall muss gespart werden

Der Hauptausschuss des preussischen Landtags beriet am Montag den letzten Abschnitt zum Kultushaushalt, der sich mit der Kunstpflege beschäftigt.

Abg. Gräbe (Zentr.) hob als Berichterstatter hervor, dass das Kapitel Kunst einen Staatszuschuss von 23,2 Millionen Mark aufweist. Die Einnahmen sind bei Museen und Schlössern um eine Million geringer veranschlagt als in Wirklichkeit 1928 bereits aufgefunden war. Die Theater sollen 700.000 Mark mehr aufbringen, als 1928 in Wirklichkeit aufgebracht waren. Der Zuschuss von 23,2 Millionen enthält über 70 Prozent für Theater, Museen und Schlösser.

Für die eigentliche freie Kunstpflege verbleiben nur 3,3 Millionen.

Aufgabe der Kunstverwaltung muss es sein, Mittel frei zu machen für die Kunstpflege im ganzen Lande. Die Staatsoper beantragt einen Zuschuss von 2,9 Millionen; die Landesbühnenorganisation erhält 1,2 Millionen für Unterstützung der Theater im ganzen Lande, besonders in den Grenzgebieten. Eine Verdoppelung der Summe würde das Theaterwesen sichern.

Ein Repräsentantentheater (Staatsoper Unter den Linden) genügt. Die Städtische Oper in Charlottenburg könnte die sozialen Aufgaben der Kroll-Oper übernehmen.

## Fünf Jahre Preussen-Minister



Dr. Walther Schreiber  
der preussische Handelsminister



Dr. Höpker Aschoff  
der preussische Finanzminister

Der Staat würde entlastet, ohne dass die Stadt grössere Lasten zu tragen hätte. Der Berichterstatter hielt erhaltene Mittel für notwendig zur Denkmalpflege und der Pflege von Musik und Gesang.

Der Ausschuss beschloss, zunächst allgemeine Fragen und erst im Anschluss daran Theaterfragen zu behandeln.

In der sich anschliessenden Debatte forderte Abg. Dr. Böhner (Dem.) forderte im Anschluss an einen Artikel des Generaldirektors der Museen eine stärkere Propaganda für die Museen in Hotels und Bahnen. Nach Abschluss der Neubauten sollten stärkere Mittel für Neuerwerbungen zur Verfügung gestellt werden. Notwendig sei die Vorlegung des Naturschutzgesetzes, das sich besonders für die Umgebung Berlins als Bedürfnis herausgestellt habe.

In der Nachmittagsitzung sollte die Theaterfrage behandelt werden. Staatssekretär Lammers erklärte, dass die im November 1929 beschlossenen Sparmassnahmen sich erst für den kommenden Haushalt auswirken könnten. Er wies hin auf schwebende interfraktionelle Besprechungen über die Durchführung von Sparmassnahmen, insbesondere über

die Frage des Schicksals der Kroll-Oper.

Mit Rücksicht auf die interfraktionellen Beratungen beschloss der Ausschuss, die Theaterfrage erst später in einigen Abend-sitzungen zu beraten. Anträge, dass die einzelnen Fraktionen schon jetzt noch Fragen stellen könnten, wurden abgelehnt. Damit war die Vorbereitung des Kultushaushaltes bis auf die zurückgestellte Beratung über die Theaterfragen beendet.

## Kein Mut zur eigenen Courage

Die Sachsen-Nazis und ihr Misstrauen

DRESDEN, 17. Februar.

Die sächsischen Nationalsozialisten, die als Folge der Annahme ihres Misstrauensantrages das Zustandekommen der Grossen Koalition fürchten, erklären jetzt ihren Misstrauensantrag unter bestimmten Bedingungen zurückziehen zu wollen. Sie fordern, dass die sächsische Regierung, wenn der Young-Plan und das Republiksteuergesetz zum zweiten Mal durch den Reichsrat gehen sollten, dagegen stimmt oder sich der Stimme enthält. Ferner verlangen sie, dass vor der Besetzung wichtiger höherer Verwaltungsposten die Fraktionen, die die Regierung unterstützen (gemeint sind vor allem die Nationalsozialisten), angehört werden sollen.

## Ein ganzer Verein marschiert ab

von Hugenberg

SIEGEN, 17. Februar.

Der Kreisverein Siegen Stadt und Land der Deutschnationalen Volkspartei beschloss auf seiner gestrigen Jahreshauptversammlung mit grosser Mehrheit den Austritt des Kreisvereins aus der Deutschnationalen Volkspartei, da man mit der Politik und den Methoden der Parteiführung nicht einverstanden sein könne. Dem Reichstagsabgeordneten Mumm wurde das Vertrauen ausgesprochen. Die Kreisvereine erklärten ihren Anschluss an den Christlich-Sozialen Volksdienst.

## Aktenschnüffler beim Stahlhelm

STETTIN, 17. Februar.

Bisher unbekannt Täter sind in die Geschäftsstelle der hiesigen Kreisgruppe des Stahlhelms in der Elisabethstrasse eingedrungen und haben die Akten durchwühlt und mehrere Aktenstücke, darunter Landesverbands-, Kreis- und Bezirksbeehle des Stahlhelms, eine Mappe mit Schriftwechsel über den Ausschluss von Schlang-Schlöningen und eine Mappe mit Geschäftskorrespondenz einer Firma, die in den gleichen Räumen ihre Bureau hat, zerrissen. Ein oft daliegender Geldbetrag blieb unberührt von den Tätern liegen.

# Reichsbank-Debatten — Roggenpreis-Stützung

## Erfolgreiche Opposition gegen die Reichsbank-Reform

Es ist üblich geworden, dass in den Generalversammlungen der Reichsbank eine Gruppe von Opponenten auftritt, die von dem Betriebsrat Winter geführt wird und sich als Reichsbankgläubiger-Schutzverband nennt. In früheren Jahren gingen die Forderungen dieser Anteilseigner vor allem auf Erhöhung der ihnen von der Reichsbank gezahlten Dividende hinaus. Diesmal ist wieder eine Dividende von 12 Prozent von der Reichsbank vorgeschlagen, ausserdem aber der bekannte Abfindungsvorschlag — oder wie es nach dem Beschluss der Generalversammlung jetzt heisst: Ausgleichsvorschlag — gemacht worden, der im ganzen vom Standpunkt der Anteilseigner aus als günstig angesehen werden kann. Die Opposition der erwähnten Anteilseigner richtete sich daher jetzt weniger gegen etwaige zu geringe Ausschüttungen an die Aktionäre, als vielmehr dagegen, dass die Generalversammlung über wichtige Änderungen des Bankgesetzes Beschluss fasst. Winter bezweifelte die Zuständigkeit der Generalversammlung für derartige Entscheidungen, die der „Gesetzgebungsmaschine“ vorbehalten bleiben müssten. Zum mindesten verlangte er Vertagung der Beschlussfassung um vier Wochen, bis nämlich die Reichsregierung und der Reichstag zu den Änderungen des Bankgesetzes Stellung genommen haben. Es handelt sich hier tatsächlich um eine Frage, in der verschiedene Auffassungen und auch die der opponierenden Gruppe möglich sind. Reichsbankpräsident Dr. Schacht stellte sich aber auf den vielfach vertretenen Standpunkt, dass die Generalversammlung der Reichsbank berechtigt sei, die vorgeschlagenen Änderungen des Bankgesetzes zu beschliessen, da die Tätigkeit der Reichsbank sozusagen auf einem Vertrag zwischen dem Staat und den Anteilseignern beruht. Es war voraussehen, dass sämtliche Anträge der Reichsbank genehmigt werden würden, denn die in der Generalversammlung vertretenen Besitzer von grossen Antepartien, die eine nicht zu überwindende Majorität darstellen, standen zweifellos von vornherein auf seiten der Reichsbank. Diese Überzeugung hatten wohl auch die „Reichsbankgläubiger“, die deshalb versuchten, die Entscheidung über diese Fragen vor ein anderes Forum zu bringen. Ihr Versuch musste misslingen, und sie haben nur erreicht, dass kein einziger Beschluss, auch nicht der über die Gewinn- und Verlustrechnung und die Wahlen zum Zentralausschuss und Generalrat, einstimmig gefasst wurde und zwar auf dem zentralen Wege der Abstimmung durch Stimmzettel unter jeweiliger Feststellung des Nominalbetrages sowie der entsprechenden Zahl der Stimmen auf jedem Zettel.

## Abfuhr der Währungs-Pessimisten

Wenn in dem lebhaften Wortgefecht zwischen Winter und Dr. Schacht, der auf die Angriffe mit eisiger Kälte und prägnanter Kürze reagierte, immer wieder die Frage eine Rolle spielte, wer denn eigentlich der Verfasser des abgedrungenen Bankgesetzes sei, Herr Schacht oder das Ausland, dessen Diktat wir uns fügen müssten, so gehen derartige Vermutungen insofern fehl, als nach Durchführung der Änderungen des Bankgesetzes die Reichsbank und die ganze deutsche Geldwirtschaft nicht in grössere Abhängigkeit vom Ausland geraten, sondern im Gegenteil unabhängiger gemacht werden. Es ist leicht, aber um so gefährlicher, mit derartigen Schlagworten zu operieren, und Dr. Schacht hätte die Gelegenheit benutzen sollen, die Lehende vom Diktat des Auslands restlos zu zerstören. Erfreulicherweise ist die Reichsbank in ihrem Geschäftsbericht anderen nicht zutreffenden Behauptungen energisch entgegengetreten. Sie hat mit Bedauern darauf hingewiesen, dass immer wieder Leute auftreten, die in Wort und Schrift „durch Behauptung eines kommenden Währungsverfalls und einer bevorstehenden Inflation“ die Öffentlichkeit zu beunruhigen versuchen. Besonders gewissenlos sei das Vorgehen dieser Leute, wenn sie als Wanderredner gegen Erhebung von Beiträgen ihre unverantwortliche Tätigkeit ausüben und als Einkommensquelle ausnützen. Die Reichsbank erinnert daran, dass die Gestaltung der Devisenkurse während der wechselvollen Entwicklung des Berichtsjahres erkennen lässt, zu jeder Zeit in stande gewesen ist, die Stabilität der Reichsmark zu schützen und aufrechtzuerhalten. Sie konnte ihren Status durch eine Reihe von Massnahmen, besonders durch die Kreditrestriktion Anfang Mai, schnell wieder verbessern und zeigen, dass sie auch unter schwierigen Verhältnissen ihre Aufgaben erfüllen kann, sofern sie nur entschlossen ist, die ihr zu Gebote stehenden Machtmittel energisch einzusetzen. Dass eine Währungsruhe, wie sie im Frühjahr 1929 im Zusammenhang mit den Pariser Sachverständigenverhandlungen eingetreten war, für die Reichsbank eine wenig erfreuliche Belastung bedeutet, ergibt sich schon daraus, dass in den kritischen Wochen des Frühjahr die Reichsbank nahezu 1½ Milliarden Mark an Gold und Devisen herbeibringen musste, deren Verwendung einen erheblichen Aufwand an Zeit und Spesen verursachte. Im übrigen hat die Reichsbank aber wieder ein höheres Gewinnergebnis erzielt, und zwar verbleibend nach Abzug sämtlicher Ausgaben und offenen Reservestellungen für 1929 ein Reingewinn von 25,58 Millionen Mark (i. V. 25,37 Millionen Mark). Der neue Gewinnverteilungsmodus, auf Grund dessen das Reich einen wesentlich höheren Anteil als bisher erhält, tritt erst bei dem Abschluss für 1930 in Kraft.

zur Förderung des Verbrauches von Roggenbrot betreffen, die im Rahmen des gesamten Problems eine wichtige, ja ausschlaggebende Rolle spielen. Man wird in der Tat die Lösung der Roggenfrage am stärksten durch eine Belebung des Roggenverbrauches fördern können, und dies wird dann möglich sein, wenn ein Roggenbrot hergestellt wird, das durch seine Qualität für sich selbst wirbt. Erst dann, wenn der Bevölkerung ganz allgemein und nicht bloss von einzelnen Bäckereien ein erstklassiges Roggenbrot geliefert wird, kann eine Reklame zu wirklich durchgreifender Erhöhung des Konsums führen. Die neuerdings aufgetauchte Idee, die gut ausgearbeitete Reklamesprechende, zu stärkerem Roggenverbrauch aufzufordernde Hinweise auf den Packungen anzubringen, wird ebenfalls nur unter diesen Voraussetzungen Erfolg haben. Sehr zweifelhaft erscheint es, ob die sogenannte Roggen-Magazinierung, bei der etwa 200 000 Tonnen Roggen eingelagert werden sollen, eine wesentliche Besserung der Lage herbeiführt, zumal da ein für diese Zwecke von der Regierung bereitgestellter Betrag von 20 Millionen Mark kaum als ausreichend angesehen werden kann, um den Roggenpreis in Deutschland zu heben.

Dr. Adolf Reeder.

## Die Reklame für Roggenbrot

In der Öffentlichkeit wird seit einiger Zeit das Problem der Stützung des Roggenpreises lebhaft erörtert. Die Diskussion hat teilweise recht scharfe Formen angenommen, namentlich soweit sie die Qualität des Roggenbrotes und die Bestrebungen

Konkurrenz steigt. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Januar d. J. durch den „Reichsanzeiger“ 1106 neue Konkurse — ohne die wegen Massenanzugs abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 521 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 881 bzw. 459.

# Flotten-Konferenz festgefahren?

Durch Frankreichs Unnachgiebigkeit — Ernste Lage in London

LONDON, 17. Februar. (W. T. B.)

Nach einer Reutermeldung, die von einer Besprechung der Delegierten des britischen Gesamtreichs im Foreign Office berichtet, konzentriert sich die ganze Aufmerksamkeit der Seemilitärkonferenz im gegenwärtigen Augenblick auf die Tonnageziffern. Sobald irgendeine Macht feste und ausführliche Zahlenangaben macht, hat dies naturgemäss einen direkten und sofortigen Einfluss auf die in Aussicht genommenen Stärkverhältnisse.

Man darf sich daher keiner Hoffnung hingeben, dass etwa im gegenwärtigen Augenblick sehr grosse Ergebnisse erzielt werden können.

Alle Zahlen, aus denen eine abgeschlossene Auffassung über absolute Flottenrisikofrisse hervorgeht und die wie starr Forderungen ansehen, müssen selbstverständlich eine sehr bedeutende Wirkung auf jedes vorher angeregte Stärkverhältnis ausüben. Bisher hat keine Nation ihre Forderungen modifiziert. Die Frage des Stärkverhältnisses bleibt weiter Gegenstand sehr ernster Erwägungen.

Mit Bezug auf das Marineprogramm Deutschlands wird betont, dass für Deutschland der Versailler Vertrag massgebend sei und die gegenwärtige Konferenz in Wirklichkeit dazu nicht Stellung zu nehmen habe. Jede Frage, die sich auf den Bau deutscher Kriegsschiffe beziehe, gehöre vor den Vorbereitenden Abrüstungsausschuss. Wie Reuter weiter zu wissen glaubt, haben die von Frankreich vorgebrachten Zahlen und die Unnachgiebigkeit, mit der die französische Delegation an ihnen festhält, die Lage kompliziert.

Mit der Feststellung, die übrigens aus massgebenden englischen Kreisen stammt, dass für Deutschlands Marinebauprogramm allein der Versailler Vertrag massgebend sei, dürfte wohl die Anregung, über die wir bereits berichtet haben, Deutschland nach London einzuladen, endgültig zu den Akten gelegt worden sein. Tatsächlich war es ja auch nicht einzusehen, was eine derartige Einladung hätte bezwecken sollen, wenn man nicht etwa gar daran gedacht hat, Deutschland als Stündenbock für ein etwaiges Scheitern der Konferenz, die im Moment durch die französischen Forderungen eingermessen festgefahren ist, zu benutzen. Man mag über die Notwendigkeit des Panzerkreuzers „A“ denken, wie man will, — aber so wichtig, dass man es in den Mittelpunkt einer internationalen Debatte stellen könnte, ist dieses Schiff sicherlich nicht.

## MacDonald verlässt die Unabhängigen

MacDonald ist aus der Unabhängigen Arbeiterpartei ausgestiegen. Die Independent Labour Party ist eine Gruppe innerhalb der grossen National Labour Party von dieser Gruppe ist ursprünglich die Gründung der grossen Arbeiterpartei ausgegangen.

Verantwortliche Redakteure für Politik Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller Hegg, für Gross-Berlin und den übrigen Teil des Reiches: Heinrich Bruns, für den Inlandteil: Bruno Scholz, sämtlich in Berlin. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin. — Hierzu 2 Beilagen.

Heute: „Illustrierte Sport-Zeitung“

## Anton Kuh, und die Sachlichkeit in der Erotik

Sachlichkeit ist eigentlich Unsachlichkeit und Unsachlichkeit ist eigentlich gerade die Sachlichkeit — so will es wenigstens Anton Kuh in seiner Sonntagsmatinee: Sachlichkeit in der Erotik. Beim Kuh geht es einem eigentlich immer so: man sitzt da und freut sich über diesen blödsinnigen Dialektiker, der aus Wien kommt und mit seinen vielen schnellen Worten „Schlagobers“ macht. Aber dabei redet er beliebige nicht süssliches Zeug, sondern er schlägt seine paar treffenden Gedanken solange mit einem dialektischen Schaumbesen, bis sie ein grosser Haufen geworden sind, den dann der Zuhörer mit mehr oder minder grossem Verdruß in sich hineinfrisst.

Anton Kuh spaltete seinen Vortrag in zwei Teile — in die Sachlichkeit, die bei ihm so himmlisch unsachlich ist, und in die Erotik, die aber nichts mit Sexualität zu tun hat. Da Kuh Sachlichkeit unsachlich war, kam die entsexualisierte Erotik zu kurz. Das bedauern die Leute, die im zweiten Rang saßen. Die unsachliche Sachlichkeit ging das Parkett an — und das Parkett bemühte sich, bis auf einen Krauss-Schüler, der lebhaft protestierte, schön unsachlich zu sein, denn die Unsachlichkeit gereichte ja an diesem Morgen allen zur Ehre.

Gehört Anton Kuh, Sie hatten vollkommen Recht, zur Besprechung des Themas „Sachlichkeit und Erotik“ hatten wir nicht auf Sie gewartet, aber es war doch furchtbar nett von Ihnen, dass Sie die Unsachlichen mal für die Sachlichen erklärten, manchem wird das Gewissen leichter geworden sein, und er braucht sich nicht mehr zu schämen, wenn er offen eingesteht, dass der Vanderveide-Eherogulator eine unsachliche Angelegenheit ist. Bravo Anton Kuh, wir hatten nicht auf Sie gewartet, aber Ihr Schlagobers hat uns genundet.

Die internationale Gemeinschaft „Porza“ gab am Sonntag in Berlin schäner Gesellschafterräume den Kroll-Sälen, ihren zweiten Ball. Die Porza hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon so etwas wie einen persönlichen Kreis geschaffen, wodurch ihre Veranstaltungen das Berliner Ballen so seltene Gepräge von Intimität und Repräsentation bekommen. Vom frühen Abend bis zum frühen Morgen angeregte Stimmung, schöne Kostime, flimmernde Lichter, platzende Luftballons, Laune, Witz, Papierschlangenanbe und frohe Gesichter ...

## Reinhard Goering: Die Südpolexpedition des Kapitäns Scott

Uraufführung im Staatstheater

Nach zehnjährigem Verschweigen taucht der Dichter der „Seeschlacht“ wieder als selbstgewählter Dunkel — er war in seine gezeigte Funktion eingesetzt: der Aufbruch der Polarfahrer, die Amundsen Spuren entdeckt haben, wird von zwei unsichtbaren Sprechern berichtet (aus den Rängen ertönen die Stimmen der Koppenhöfer und der Margarete Schön), etwas nur durch stummes Spiel Darstellbares wird so in dramatische Sprache umgesetzt, etwas was im weiten Raum verschwinden könnte, wird eindringlicher dramatischer Akzent. Neben dem Bericht, der sich der Balladenform nähert, geben die Sprechchöre auch lyrische Reflektion: in der Polendeckung dieser Werkträumer ist auch Hybris, indem sie die Polendeckung für Nationen spielen, um dann desto mächtiger in chorischem Ausdruck nachzualen. Die Rolle aller Göttersprüche haben Horoskopsteller und Dorfwaräger: „Wehe nur dem, der kein Schicksal hat!“ In künstlerischer und wirksamen Kontrast zum Pathos der Chorpartien, die selbst Wendungen der Alltagsprache mit rhythmischer

Kraft neu umfassen, sind die Dialoge knapp, wortkarg, sachlich. Ein suggestives Mittel, die Verlassenheit der Männer in der weiten Eiswüste dem Zuhörer ins dramatische Bewusstsein zu bringen. Im Mittelteil, der die beiden Phasen von Kapitän Scotts Ende unterrichtet, sind in gleicher Art die weibliche Klage der Lady Scott und die Floskeln internationaler Höflichkeit bei Amundsen Empfang in Hobart ramschhaft abgestuft.

Leopold Jessners erste Regie hat nach seiner Amtsniederlegung von höchster Vollendung. Vom ersten bis zum letzten Wort traf er den Grundton dieses männlichen Stückes, prachvoll bewegte sich die Gruppe der Spieler im Raum der Eislandschaft (Caspar Neher), mit Meisterschaft waren die Sprechchöre geleitet. Die Darsteller, Walter Franck als Scott, Paul Bildt als Amundsen, Rehmann, Müthel, Harlan waren alle auf einen Ton pathosloser Schlichtheit abgestimmt, eine Schicksalsgemeinschaft, aber mit Lichtern bedacht, die Züge des einzelnen Menschengesichts nichtdestoweniger hervortreten liessen. Der Lady Scott gab Lina Lossen besessenes Antlitz und weibliches Wort.

Seit langem tönte der Befall im Staatstheater nicht so ehrlich und herzlich. Auch Dichter und Regisseur konnten an diesem grossen Abend mit dem Darstellern erscheinen.

Lutz Weltmann.

Goethe am Vormittag. Das Rose-Theater warb eine Matinee lang — die durchaus nicht in zwei Teile „zerfiel“, wie die Einladung argwöhnte — für klassische Dichtung. Zur Unterstützung dieses guten Vorhabens hatte man Ludwig Willner, die ehrwürdige Goethe-Ausgabe der deutschen Rezitatoren, in die Frankfurter Strasse gebeten. Er sprach des Olympiers Balladen in bekannter und berühmter Zucht und klassischer Form. Das Publikum, zum Teil in Erinnerung an seine Schulzeit die Gedichte hörbar mitflüsternd, bedankte sich herzlich und anhaltend. — „Die Geschwister“ Goethes wurden von den Geschwistern Rose mit Stillegefühl agiert. Vor dem Bühnenbild spielte in Werther-Manier, das interessierte wie ein im Laufe der Zeit beträchtlich nachgedunkeltes Oelbildchen. Paul Traute, weniger Willi Rose, wussten die ferne Gefühlswelt des Einakters so zu interpretieren, dass das Publikum auch hieran Gefallen fand.

Die Genossenschaft deutscher Tonsetzer billigte in ihrer ordentlichen Hauptversammlung die Geschäftsführung des Vorstandes und wählte mit überragender Mehrheit zum Vorstand die Herren: Dr. Richard Strauss, I. Vorsitzender, Max Butting, stellvertretender Vorsitzender, Arnold Ebel, Professor Dr. Georg Schumann, Heinz Tiessen.

